

Wahlkampf - die 5te Jahreszeit der Politik

Was die Karnevalszeit für die Jecken ist, das ist die Wahlkampfzeit für die Politik. Führende Politiker werden von einer Gefallsucht ergriffen, die zu närrischen Versprechungen führt.

Zur bundesrepublikanischen Wahlkampftradition gehört das stets in Wahlkampfzeiten kulminierende Geschwätz von der sog. „sozialen Gerechtigkeit“. Insgesamt gilt, dass mit steigendem Unwissen über das Thema Gerechtigkeit die Verwendungshäufigkeit des Wortes zunimmt. Die Linksparteien Deutschlands – im dt. Bundestag gibt es eigentlich nur Linksparteien – erfinden sogar neue Wortschöpfungen, wie z.B. Klimagerechtigkeit oder Energiegerechtigkeit.

Wie so oft im Leben kommt es aber nicht so sehr darauf an wovon geredet wird, sondern welche Themen verschwiegen werden. Weitgehend inexistent ist etwa das Thema „Demographie“ im Wahlkampf, weil alle Parteien auf diesem Gebiet seit Jahren nichts zuwege bringen. Dabei sind Kinderarmut und Überalterung für die Bundesrepublik Deutschland gewiss das mit Abstand größte Problem. Und die Folgen seiner fortwährenden Ungelöstheit erfassen zunehmend alle Gesellschaftsbereiche.

Während etwa Handwerksbetriebe Schwierigkeiten haben, Auszubildende zu finden, fehlt es in der Kranken- und Altersversorgung zunehmend an qualifizierten Kapazitäten. Derweil muss das Rentensystem täglich stärker durch den Steuerzahler alimentiert werden, wie ja an dem seit Jahren



stark wachsenden Haushaltsposten „Arbeit und Soziales“ abzulesen ist.

Auffallend leise geht es auch beim Thema „innere Sicherheit“ zu. Dabei ist die Lage auf diesem Gebiet alles andere als erfreulich.

Da aber alle im Bundestag vertretenen Parteien seit Jahrzehnten den Multi-Kulti-Modus ebenso wie das Gendermainstreaming zur Staatsräson erhoben haben, ist die Stille allzu verständlich.

Irrwitzig wird es jedoch beim Thema „Steuern“. Nach zwölf Jahren steigender Steuer- und Abgabenglast erfrecht sich nun die CDU in Person von Finanzminister Schäuble, sich das Gewand des großmütigen Steuersenkens überzustreifen. Die Union hat lange genug versprochen, die unsägliche „kalte Progression“ abzuschaffen. Von dem traurigen Bestand des sog. Solidaritätszuschlags soll gar nicht erst gesprochen werden. Stattdessen hat Frau Merkel die Mehrwertsteuer stark angehoben und zuletzt noch eine blödsinnige Straßenmaut auf den Weg gebracht.

Zunehmend fatal sind auch die politischen Weichenstellungen im Bereich Geldvermögen der Bürger. Inzwischen rächt es sich, dass die Regierungsparteien intellektuell seit Jahrzehnten am Zügel der Zins- und Fremdkapitalin-

dustrie hängen und es in den vergangenen zwölf Regierungsjahren versäumt haben, den überfälligen Schritt in Richtung Eigenkapitalkultur und somit Beteiligung der Bevölkerung an der Wirtschaft zu gehen. Die Folge dieser Zins- und Schuldenbesessenheit ist nun in den Vergleichsstatistiken zum Geldvermögen der Bevölkerung zu bestaunen. Entgegen dem wohlgepflegten Selbstbild als vor Gesundheit strotzendem Spar- und Exportweltmeister, fällt Deutschland beim Geldvermögen schon seit vielen Jahren zurück und findet sich nunmehr hinter Ländern wie Italien, Frankreich, Niederlande, Belgien unter „ferner liefen“.

Ein Umsteuern ist hier nicht zu erwarten und in Summe laufen

die Vorstellungen von Linken, Grünen, SPD und CDU/CSU darauf hinaus, den Umverteilungstaat weiter auszubauen und um eine europäische Transferunion zu erweitern. Erste Schritte dazu sind bekanntlich längst eingeleitet worden.

Unterdessen ist es erklärtes Ziel der SPD wieder links der CDU beheimatet zu sein. Angesichts des Linksdrifts der Union unter Frau Merkel dürfte das nicht einfach werden und nur durch einen strammen Umverteilungskurs möglich werden. Nach der seinerzeit überraschenden Hinwendung zur unvermeidlich gewordenen ökonomischen Vernunft unter Kanzler Schröder, heißt das Credo der Sozialdemokraten jetzt, die staatlichen Füllhörner noch stär-

ker auszugießen. Für die gebeutelten Steuerzahler ist dies keine gute Botschaft.

Und die Grünen? Ihre historische Mission ist mit dem übereilten Atomausstieg von Angela Merkel erfüllt. Personell und inhaltlich hat diese Partei außer Fleischverboten, dem Verbot von Verbrennungsmotoren und Steuererhöhungen nichts Originelles im Angebot.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns